

wäre. Auch die Dampferzeugung hätte sich insgesamt jährlich um 100 000 Mark verteuert.

Alle diese guten Erfahrungen sind auf einer Kreisrationalisierungskonferenz ausgewertet worden. Heute erkennen die Werktätigen die Bedeutung der über die Betriebe hinausgehenden Rationalisierung. Das Sekretariat hat Einfluß darauf genommen, daß die Betriebsparteioorganisationen diese Probleme auf die Tagesordnung gesetzt haben. In Parteileitungssitzungen und Mitgliederversammlungen wurden sie behandelt. Dadurch konnte die Bevölkerung beispielsweise für die Mitarbeit an einem Hallenschwimmbad gewonnen werden, dessen Errichtung durch Ausbau des stillgelegten Kesselhauses im VEB Kali- und Steinsalzbetrieb ermöglicht wird.

Im Sodawerk wird keine Aufgabe ohne die Abgeordneten gelöst. Es besteht eine gute Verbindung der Parteileitung zu den Genossen Abgeordneten. Sie berichten vor der Leitung über ihre Tätigkeit und erhalten Hinweise und Unterstützung. Der Werkdirektor wiederum berät sich mit allen anderen Abgeordneten. In der Abgeordnetengruppe des Betriebes wirken sowohl ein Nachfolgekandidat der Volkskammer als auch die Bezirks- und Kreistagsabgeordneten sowie Abgeordnete der Volksvertretungen von Städten und Gemeinden mit. Hier werden sie mit der Problematik ihres Betriebes vertraut gemacht.

Unter anderem kommen sie stets vor den Kreistagsitzungen zusammen. Eine dieser Sitzungen befaßte sich kürzlich mit dem Gesundheitswesen. Die Abgeordneten untersuchten, wie es um das Gesundheitswesen im Betrieb bestellt ist. Vor dem Kreistag hatten sie dann dargelegt, wie die Lage im Betrieb ist, was zu tun wäre, was sie selber tun und durchsetzen wollen. Sie unterbreiteten gleichzeitig Vorschläge für die generelle Verbesserung des Gesundheitswesens im Kreis. Diese Abgeordneten, werden auch in der Betriebszeitung vorgestellt. Sie sind den Werktätigen bekannt. Von ihnen kann man sagen, daß sie alle guten Kontakt zu ihren Wählern haben und viele persönliche Gespräche mit den Bürgern führen.

Masseninitiative wird gefördert

In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit ist ein Rationalisierungsprogramm für den Kreis Staßfurt ausgearbeitet worden, an dem 421 Abgeordnete und Werktätige mitgewirkt haben. Die Bevölkerung setzt dieses Programm Schritt für Schritt in die Tat um. Dadurch wird beispielsweise die Effektivität der Investitionen erhöht

g und ein Nutzen von etwa zehn Millionen Mark erzielt.

Das Ineinandergreifen von betrieblicher und territorialer Rationalisierung führt jedoch nicht nur zur Einsparung von Investitionen, Selbstkosten und Arbeitskräften, sondern vor allem zu einem höheren Lebensniveau der Bürger unseres Kreises. Es zahlt sich aus in günstigeren Wohnverhältnissen, in regelmäßiger Versorgung der Schichtarbeiter mit vollwertigen Mahlzeiten, in besserer Qualität und Erweiterung der Schulspeisung, in reibungslosem Berufsverkehr, verkürzten Wartezeiten bei den Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen und in vielem mehr. Dazu einige Beispiele:

Vertraglich vereinbart wurde mit den zentral und den bezirksgeleiteten Betrieben die zusätzliche Bereitstellung materieller und finanzieller Fonds in Höhe von 4,1 Millionen Mark für den Bau einer Poliklinik in der Kreisstadt. Für die Bürger im Gemeindeverband Egeln sind durch den gemeinsamen Einsatz materieller und finanzieller Mittel der örtlichen Staatsorgane und der Betriebe die Einrichtung einer Stadtambulanz, der Bau eines Busbahnhofs und der Ausbau einer Mehrzweckhalle vorgesehen. Die Textilreinigung steigerte die Auslieferung von Haushaltfertigwäsche an die Bevölkerung des Kreises um 55 Tonnen — auf 121,4 Prozent.

Wir sind allerdings weit davon entfernt zu sagen, damit wäre alles in Ordnung. Noch haben einige Betriebe Planrückstände. Die Kooperationsbeziehungen mit der Zulieferindustrie müssen stabiler werden. Eine Reserve liegt in den beeinflussbaren Ausfallzeiten und in der besseren Schichtauslastung der hochproduktiven Maschinen und Anlagen.

Die Grundorganisationen der Partei wirken auf die Arbeit der Genossen Abgeordneten ein, damit alle Probleme an Ort und Stelle mit den Werktätigen beraten und Veränderungen herbeigeführt werden. Dazu haben die Kreisleitung und ihr Sekretariat Maßnahmen beschlossen. Mit allen Genossen Abgeordneten werden gegenwärtig Aussprachen geführt. Alle Sekretäre der Parteigruppen der Volksvertretungen werden künftig in das Kreisparteiaktiv und alle Genossen Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen in die Ortsparteiaktive einbezogen.

In diesen und noch weiteren konkreten Festlegungen findet die Berichterstattung unserer Kreisleitung vor dem Sekretariat des Zentralkomitees ihren Niederschlag, bei der uns Anregungen gegeben wurden, wie die Parteiarbeit in den staatlichen Organen weiter verbessert und dadurch eine noch ergebnisreichere Durchführung der Beschlüsse des VIII. Parteitages gesichert werden kann.